

Saale-Beitung.

Dreilundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

Wochen die Spaltenzahl über dem Namen mit 20 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unsern Korrespondenten und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Seite 75 Pf. für Halle und außerdem 1 Mt.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Bezugsliste unter „Saale-Beitung“ eingetragen. Für unterabgenommene Exemplare mit freier Bewehrung übernommen. Abdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Beitung“ gefahrt. Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a. Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 501.

Nr. 377.

Halle a. S., Sonnabend, den 14. August.

1909.

Reform oder flickwerk.

Ein nationalliberales sächsisches Blatt wußte dieser Tage zu melden, daß nach dem Wiedereröffnungstag des preussischen Landtages die Nationalliberalen eine Interpellation über die Wahlrechtsfrage einbringen und daß der neue Ministerpräsident seine Antworten in dieser Frage ausführlich darlegen werde. Diese Mitteilung ist natürlich nur eine nachlässige Kombination; es ist selbstverständlich, daß die Frage alsbald nach Eröffnung der Session zur Sprache gebracht werden und daß Herr v. Bethmann Hollweg sich über die Angelegenheit äußern wird. Ob eine Interpellation eingebracht werden kann, kann heute niemand sagen, das hängt davon ab, ob die in der letzten Thronrede bereits angegebene Vorlage dem Landtage zugeht oder nicht. Wird ein Gesetzentwurf nicht vorgelegt, so wird die Regierung zweifellos logisch im Ausnahmefall über den Stand der Angelegenheit erlaßt werden; das kann durch eine Interpellation geschehen, es kann aber auch, wenn die Tagung mit der Beratung des Etats beginnt, bei der ersten Lesung des Etats eine eingehende Ausprägung über die Wahlrechtsfrage herbeigeführt werden. Es kann auch sein, daß von liberaler Seite ein Initiativgesetz eingebracht oder ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf vorgelegt wird, wenn die angegebene Vorlage der Regierung ausbleibt.

Bei der letzten Wahlrechtsdebatte im Abgeordnetenhaus hat der Minister des Innern v. Moltke erklärt, daß die Regierung die Notwendigkeit einer Reform anerkenne und daß eingehende Vorarbeiten im Gange seien. Es ist anzunehmen, daß inzwischen diese Vorarbeiten zum Abschluß gekommen sind. Wäre das nicht der Fall, so würde die von freisinniger Seite damals ausgesprochene Befürchtung bestätigt werden, daß die Reform unter statistischen Erhebungen, Erwägungen und Vorarbeiten aller Art erstarrt werden soll. Vor der Hand können wir nicht annehmen, daß die preussische Regierung ein derartiges Vorgehen beabsichtigt. Das läge allerdings im Sinne der Konservativen, würde aber geradezu ein Hohn sein auf die Erklärung des Trägers der Krone, daß die Reform des preussischen Wahlrechts eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart und daß es sein Wille sei, eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Verringerung der Wahlrechtsbestimmungen herbeizuführen.

Wir rechnen einwilligen darauf, daß die Verheißung der Thronrede eingelöst wird. Wie die Vorschläge der Regierung ausfallen werden, weiß die Regierung heute wahrscheinlich selbst noch nicht. Nur eins kann mit Sicherheit vorausgesetzt werden: Das neue Wahlgesetz wird den Ansprüchen der freisinnigen Parteien nicht vollkommen genügen. Denn diese Parteien verlangen die Ausdehnung des Reichswahlrechts auf die Landtagswahlen. Sie hatten dahingehende Anträge im Abgeordnetenhaus gestellt und werden daran festhalten. Daß aber die Regierung ohne Vorbesatz das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen durchzuführen gewillt sei, kann als ausgeschlossen gelten. Selbst wenn Herr v. Bethmann Hollweg eine solche Vorlage einbringen sollte, wäre sie ausfischlos. Im Abgeordnetenhaus hätte sie außer den Parteien der Rechten die Nationalliberalen und einen Teil des Zentrums gegen sich. Im Herrenhaus stieße sie auf den Widerstand der großen Mehrheit. Die preussische Regierung hat zudem bereits feierlich erklärt, daß sie für die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen nicht zu haben ist, und es unterliegt keinem Zweifel, daß auch der neue Reichskanzler und Ministerpräsident diese Auffassung teilt.

Für die freisinnigen Parteien kann das kein Grund sein, von ihrem wohlverordneten sächsischen Standpunkt abzugehen. Aber sie werden sich nicht im voraus auf die Ablehnung jedes Entwurfs festlegen, der nicht vollkommen mit dem Reichswahlrecht übereinstimmt. Das Ziel ist möglicherweise in Etappen zu erreichen, wie auch das heutige Wahlrecht in England nicht mit einem Schlage, sondern durch eine Reihe von Akten der Gesetzgebung geschaffen worden ist. Die einschneidende Stellungnahme der bürgerlichen Linken wird selbstverständlich von Inhalt des Entwurfs abhängen. Für ein armseliges Flickwerk wird der entscheidende Liberalismus nicht eintreten, wie er auch vor drei Jahren die sog. „Reform“ ablehnte, die Herr von Bethmann Hollweg als Minister des Innern vorgelegt hat.

Deutsches Reich.

Die neuen Steuern und die Städte. Vernichtende Kritik aus dem Munde eines Oberbürgermeisters.

L. C. Heber die Wirkung der neuen Steuern auf die Städte äußerte sich Oberbürgermeister der Reichsmannschaften in der Stadtratsversammlung im folgenden Sinne: Am schlimmsten ist es bei der Reichsfinanzreform den

Städten ergangen. Gerade die Stadtbewohner sind dadurch hart getroffen, und zwar ganz besonders der Arbeiterstand und der Mittelstand. Ich weiß, daß das vielfach bezweifelt wird, aber die Frage werden Ihnen schon aufgehen, wenn Sie im nächsten Jahre den Steuerzettel bekommen. Da ist dann weiter der Umsatzsteuer, der Steuern auf Grundstücksverkäufe und die Wertzuwachssteuer. Die vor früherer Monopol der Städte; wir hatten sie uns als Reserve für das nächste Jahr aufgehoben. Aber schon hat der Bundesrat beschließen, daß nur die Städte, die sie bereits hatten, sie werden weiter behalten dürfen. Alle die Gesetze und Steuern der Reichsfinanzreform wurden im Reichstag so rasch fertig gestellt, daß man vorher keine Stellung dazu nehmen konnte. Ich glaube kaum, daß alle die, die daran mitgewirkt haben, sich der Tragweite bewußt gewesen sind, die sie namentlich auf die Entwicklung der Städte haben müssen. Ich denke namentlich auf die Taxikongresse. Man kann sich damit aufreden geben, daß diese Steuer die reichen Aktiengesellschaften trifft. Aber sie wird auch von den Schulden, den Anleihen der Städte erhoben, sie wird ebenso erhoben von der Anleihe für luxuriöse Rathäuser, wie von denen für hygienische Installationen. Um ein Beispiel für unsere Verhältnisse zu geben, wir werden im nächsten Jahre allein an Zinksteuer mehr 110 000 M. zu zahlen haben.

Diese vernichtende Kritik der Arbeit des konservativ-liberalen Blocks kommt aus einer Hochburg des Zentrums!

Staatsaufsicht und Selbstverwaltung.

Staatssekretär Dr. Delbrück, der frühere preussische Handelsminister, empfangt zum Antritt seines neuen Amtes von dem derzeitigen Rektor der Berliner Handelshochschule, Dr. Jastrow, ein Glückwunschschreiben, worin es u. a. heißt:

Bei meinem Antritt habe ich nicht ohne Bedauern auf Schwierigkeiten gefühlt, die sich daraus ergeben können, daß eine aus freier Initiative eines bürgerlichen Standes hervorgegangene Hochschule in Beziehung zu der staatlichen Verwaltung tritt. Wenn von den damals befristeten Schwierigkeiten nicht nur keine eingetreten ist, sondern im Gegenteil die Hochschule bei den Verehrern des Reformministeriums nur verständnisvolles Interesse und Förderung ihrer Arbeit gefunden hat, so glaube ich mir dies in erster Linie Ihrer Ergebenheit und Teilnahme für die Sache und Ihrer grundlegenden Stellung zu bürgerlichen Selbstverwaltung zu verdanken.

In seiner Antwort schrieb Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Entwicklung unserer jungen Handelshochschulen bin ich mit besonderem Interesse gefolgt, und wenn ich jeden überflüssigen Eingriff in diese Entwicklung vermeiden habe, so ist das in der Ueberzeugung geschehen, daß unser gelantes gewisses Schulwesen seine Ergebnisse seiner Vielgestaltigkeit verdankt und daß bei Instituten, die ohne finanzielle Mitwirkung des Staates unterhalten werden, die leitende Hand der Staatsaufsicht nur fühlbar werden darf, wenn die Interessen des Staates und der Allgemeinheit ein Eingreifen unbedingt notwendig machen.

Diese Auffassung vom Wesen der Staatsaufsicht und der Selbstverwaltung ist leider in preussischen Ministerien recht selten zu finden.

Los vom Kultusministerium!

Aus Berlin wird uns geschrieben: Wie das Hirsch Telegraphen-Bureau mitteilt, ist man an maßgebender Stelle zu der Ueberzeugung gekommen, daß infolge der Ueberlastung des Kultusministeriums eine baldige Reorganisation desselben unbedingt erforderlich ist. Da eine Abtrennung der Medizinalabteilung die wenigsten Schwierigkeiten bieten würde, so hat man sich nunmehr dahin entschieden, diese Abteilung dem Ministerium des Innern anzugliedern.

Ein Strafmandat.

(Dulce et decorum est...)

Seitdem der Reichstagsabgeordnete Lehmann gegen die Ehrlich-Kreuzer gestimmt hat und aus der national-liberalen Reichstagsfraktion ausgetreten ist, ohne kein Mandat niederzulegen, hat er, wie aus Jena geschrieben wird, es nicht nur mit einem großen Teile seiner Wähler, sondern auch mit den Jüngern der Alma mater Jenensis verlor. Vor kurzem ist er von freisinnig-studenten Studenten — allerdings in absentia — auf einem Scheiterhaufen verbrannt worden, und jetzt ist zu konstatieren, daß er seinen eigenen Wählern nicht nur zu dem leidigen Konsumieren, sondern auch zu einem Strafmandat verurteilt hat. Das kam, wie das „Berl. Tsgl.“ erzählt, also:

Umgefahr 20 bis 30 Studenten zogen mit ihrer Versöhnung zu nächstlicher Stunde aus ihrer Kneipe auf den Spitzkirchplatz, um mit feierlichem Riede das Semester zu Grabe zu tragen. Das ist nichts Ungewöhnliches in unserer Studentenstadt. Der Sprecher der Schar priest mit beredten Worten die Ereignisse des verflohenen Semesters und kam zum Schluß auch auf die Verbrennung des Abgeordneten Lehmann zu sprechen. Als er im besten Zuge war, die Stellungnahme des Herrn Lehmann zu den neuen Steuern, die natürlich auch das Budget des Studenten stark belasten, einer vernichtenden Kritik auszusprechen, erreichte ihn die Hand des Gelehes. Nun muß der süße Sprecher wegen nächtlicher Ruhestörung bluten, und Herr Lehmann ist also noch einmal, wenn auch indirekt, gerädert! Der Stammtisch des Wisse-

latters aber hat eine Sammlung eingeleitet, die nicht nur zur Deckung des Mandats — selbstverständlich nicht des Reichstagsmandats, denn das hat ja noch immer Herr Lehmann — sondern auch zu einer prächtigen Umrahmung reicht. Darunter aber wird der Spruch stehen: Dulce et decorum est pro Lehmanno mori!

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser hörte gestern vormittag im Schloß Wilhelmshöhe den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, Generalleutnants Pfeiffers von Lander. Prinz Heinrich von Preußen vollendet heute das 47. Lebensjahr.

Partei-Nachrichten.

Die „Hofgänger“ vor dem Richterstuhl ihrer Genossen.

In der vorgestrigen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis sah man — wie wir aus dem Berichte des „Volkswortes“ erfahren — über die württembergischen Hofgänger zu Gericht. In der Debatte erhielten übrigens auch die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten wegen der Englandreise einen kleinen Seitenhieb; natürlich nur in stark abgeschwächter Form. Das „Volkswort“ schreibt: „Genosse Dertle beantragte namens des Bezirkskomitees der Parteiung möge die Hofgänger der Württembergischen Landtagsabgeordneten rügen.“ Genosse Reimand wünscht, daß die Berliner parteigenösslichen Stadtverordneten dem gleichen Tadel unterworfen werden, da ihre Englandreise beinahe ebenso einzuführen sei. — Genosse Fromholdt verliest eine Resolution, welche das Verhalten der bezeichneten Genossen verurteilt. Sie lautet:

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis erklärt sich gegen alle Hofgänger und Schmauler und erwartet vom Leipziger Parteitag, daß er diesem Gebahren energisch entgegentritt.“

Genosse Ullrich glaubt, daß Genosse Reimand über das Verhalten der Berliner Genossen nicht unterrichtet sei. Im vorigen Jahr sind Mitglieder des Londoner Grafschaftsrats in Berlin gewesen, um die dortigen kommunalen Einrichtungen kennen zu lernen. Die Berliner haben den Besuch erwidert, woran Mitglieder aller Parteien teilgenommen haben. Es handelte sich darum, die gewiß lebenswerten Institutionen der Reichsstadt London zu besichtigen. Unsere Genossen besaßen keine Ahnung, daß der König in einem auch von ihnen besuchten Festessen bewohnen wolle. Beide Fälle seien nicht zu vergleichen. Anderwärts zum Beispiel nach Friedrichshafen werden sich wohl 20 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete beteiligen. Das werde vielleicht auch manchen Genossen nicht gefallen. Aber die Genossen im Parlament müssen sich über die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte unterrichten. Reimer erinnert an die bekannte Segmüller; heute lesen im Süddeutschenland die Verhältnisse allerdings anders. Gen. Ullrich heißt das Verhalten der Württembergern nicht gut. Das Verhalten der Berliner Genossen ist aber ebenfalls zu tadeln, soweit sie sich an der Württembergischen Reichshochschule beteiligen. Gerade diese Genossen sollten sich sagen, daß sie damit Erregung in der Partei hervorgerufen müßten. Vielleicht könne man hier eine Folge des Akademikerturns in der Partei erblicken. Genosse Reimand stimmt dem Genossen Ullrich weitest zu, daß der Verstoß der Berliner dem der Württembergern nicht absolut gleichwertig ist, aber prinzipiell seien auch sie zu verurteilen. Die Klagengegenstände müßten ihnen derartiges verbieten. Genosse Schaff verurteilt auch die geplante Besichtigung des Zeppelinischen Luftschiffes durch die sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Luftschiffe sollten doch nur kriegerischen Zwecken dienen. Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Resolution Dertle's vom 10. d. d. wird einstimmig zum Beschluß erhoben.

Kleine politische Nachrichten.

Ein Zwischenfall auf der Hohenburg.

Ueber einen Zwischenfall ereignenden Zwischenfall gelegentlich des Kaiserfestes auf der Hohenburg berichtet das „Schwelmer Tagblatt“. Der alte Schwelmer Freigewerksverein und der dortige Kaffaketteverein, die beide die sogenannten Kaiserfestspiele nicht anerkennen haben, waren demnach zur Späterbildung aufgelassen worden. Beiden wurde kurz vor dem Abmarsch bedeutet, daß laut eingetragener höherer Order sie nur hinter den sonstigen Später befindlichen Vereinen, also im dritten und vierten Gliede, Platz nehmen könnten, obwohl es an Raum sonst nicht mangelte. Darauf marschierten die beiden Vereine mit Müßig zum Festplatz, wurden beim Bürgermeister vorzeitig und lösten sich auf, ohne an der Begrüßung des Kaiserpaars teilgenommen zu haben.

Vom Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Der Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde gestern für Fahrzeuge bis zu 4 1/2 Meter Tiefgang wieder freigegeben.

Landtagswahl.

Die Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Wiesbaden 4 an Stelle des zurückgetretenen Landrats a. D. Dr. Henneberger hatte folgendes Ergebnis: Amtsgerichtsrat Lieber (natl.) erhielt 131 Stimmen, Oekonomierat Lude (Land der Landwirte) 19 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.







Berliner Börse, 13. Aug. 1939

Deutscher Reichstag, 13. August 1939. Die Sitzung beginnt um 10 Uhr 30 Minuten.

Druckkosten: 1 Pf. 10. ...

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Reichsbank', 'Deutsche Industrie', 'Deutsche Eisenwerke', etc.

